



Protokoll der 24. Sitzung des Einwohnerrates

vom 30. Januar 2019, 17.00 Uhr, im Landratssaal

Anwesend: 40 Mitglieder

Entschuldigt: Es sind alle Ratsmitglieder anwesend.

Traktanden	Laufnummer
1. Protokoll der Ratssitzung vom 19. Dezember 2019 ://: Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.	-
2. Kunstrasenfeld-Ersatz - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Baukredit für Ersatz von Kunstrasenfeld ://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung wird der Bruttokredit von TCHF 600 inkl. 7.7 % MwSt bewilligt. ://: Die Empfehlung der BPK an den Stadtrat, den Sanierungszeitpunkt in das Jahr 2020 zu verschieben, wird mit 36 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen zur Kenntnis genommen.	2018/115 2018/115a
3. Sanitäranlagen Feuerwehrmagazin - Zweiter Bericht Stadtrat zum Postulat «Geschlechterneutrale sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin» von Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion ://: Vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/163b wird einstimmig Kenntnis genommen. ://: Das Postulat Nr. 2014/163 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.	2014/163 2014/163a 2014/163b
4. QP am Orisbach - Postulat «QP am Orisbach - Dank einer koordinierten und vernetzten Planung (Masterplan) das volle Potenzial des neuen Stadtparks ausschöpfen» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Benjamin Holinger der Grünen Fraktion ://: Das Postulat Nr. 2018/120 wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen. ://: Mit 25 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen wird das Postulat als erfüllt abgeschrieben.	2018/120 2018/120a
5. Klimapolitik - Motion «Für unsere Zukunft - Für eine ernsthafte Klimapolitik!» von Joel Bühler & Pascale Meschberger der SP-Fraktion ://: Der von den Motionären in ein Postulat umgewandelte Vorstoss wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Stadtrat überwiesen.	2018/121

Ratspräsident Peter Küng (SP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Medienvertreter und Gäste ersten Sitzung im Jahr 2019. Erfreulicherweise sind alle 40 Ratsmitglieder an der heutigen Sitzung präsent.

Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums

Vom Ratsbüro werden folgende Mitteilungen gemacht:

- Im Anschluss an die heutige Sitzung findet das Jahresschlusssessen statt.
- Wegen dem anschliessenden Anlass und kurzen Traktandenliste der heutigen Sitzung wird keine Pause eingeschaltet.

Tischpapiere

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, orange
- Vorlagen Nr. 2019/123 - Nr. 2019/124 (neue Vorstösse)

Neue persönliche Vorstösse

- Reklamereglement-Revision - Motion «Neuorganisation von Plakatieren vor eidgenössischen, kantonalen und kommunalen Abstimmungen: Wildes Plakatieren macht wild, denn die Wahlplakate hängen überall» von Reto Derungs der SP-Fraktion (Nr. 2019/123)
- Mailinglisten Protokollzustellung - Verfahrenspostulat «Einfachere Protokollzustellung durch Mailinglisten» von Stefan Fraefel der CVP/EVP/GLP-Fraktion, Michael Durrer der Grünen Fraktion sowie Hanspeter Meyer der SVP-Fraktion (Nr. 2019/124)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|--------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP) | Seite A (SP, GL) |
| - Imsand Bruno (FDP) | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP) |
| - Zumsteg Hanspeter (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen

Von den Fraktionen und auch den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

Mitteilungen des Stadtrates

Vom Stadtrat werden keine Mitteilungen gemacht.

Traktandenliste

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass keine Wortbegehren zur Traktandenliste angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst einstimmig die Traktandenliste gemäss Einladungsschreiben vom 16. Januar 2019 für die heutige Sitzung.

199 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Protokoll der Ratssitzung vom 10. Dezember 2019

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert, dass beim Büro keine Änderungsanträge betreffend dem Protokoll vom 10.12.2019 eingegangen sind, weshalb das Büro dem Rat den Antrag für die Genehmigung derselben beantragt.
Er kann feststellen, dass keine Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Protokoll der Ratssitzung vom 10. Dezember 2019 wird einstimmig genehmigt.

200 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Kunstrasenfeld-Ersatz - Berichte Stadtrat sowie Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Baukredit für Ersatz von Kunstrasenfeld (Nr. 2018/115)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2018/115a und stellt diesen vor: Die stadträtliche Sondervorlage ist an zwei Sitzungen behandelt worden. Die möglichen zwei Ausführungsvarianten wurden geprüft und schlussendlich konnte sich die BPK mit der Variante eines verfüllten Kunstrasenfeldes gemäss stadträtlichem Vorschlag einverstanden erklären. Eingehend wurde auch über den Zeitpunkt der geplanten Ersatzarbeiten diskutiert. Die Ersatzanschaffung ist im 2019 veranschlagt, doch mehrheitlich wird von der BPK die Empfehlung abgegeben, dass die Arbeiten erst im 2020 ausgeführt werden. Eine längere Nutzung des bestehenden Kunstrasenfeldes macht ökologisch und auch ökonomisch Sinn, zumal die Sperrung des Kunstrasenfeldes eher unwahrscheinlich sein und gegebenenfalls auch längere Zeit beanspruchen dürfte. Nach Abwägung der Vor- und Nachteile hat die BPK den Zusatzantrag beschlossen, dass dem Stadtrat empfohlen wird, den Sanierungszeitpunkt inst 2020 zu verschieben. Mit der heutigen Kreditbewilligung könnte der Stadtrat dennoch diverse Vorarbeiten noch im laufenden Jahr aufgleisen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) meint, dass man auf die Frage bezüglich der Erreichung der Lebensdauer des bestehenden Kunstrasens unterschiedliche Antworten erhalte. Die Verantwortlichen der Betriebe sind der Meinung, dass der Ersatz nun nötig ist, obwohl man bei der damaligen Erstananschaffung von einer längeren Lebensdauer ausgegangen war. Die Lebensdauer eines Kunstrasenfeldes ist halt schon auch sehr stark davon abhängig, wie oft und wie stark dieser genutzt wird, was im Falle von Liestal halt schon überdurchschnittlich ist. So könnte beispielsweise ein Naturrasen nie so intensiv wie ein Kunstrasen genutzt werden. Die Mittefraktion wird dem beantragten Kredit grossmehrheitlich zustimmen und einstimmig die BPK-Empfehlung für eine Verschiebung der Sanierung ins 2020 unterstützen.

Peter Bürgin (FDP) merkt an, die FDP-Fraktion werde dem beantragten Kredit einstimmig zustimmen. Betreffend dem BPK-Zusatzantrag für eine Verschiebung des Sanierungszeitpunktes ist die Stimmfreigabe beschlossen worden. Der Ersatz des Rasenfeldes ist unbestritten, schaut man den Bedarf sowie die Nutzung an. Beim Kunstrasen ist eine ganzjährige Nutzung möglich, was beim Naturrasen nicht der Fall ist. Die Lebensdauer von 10 Jahren war bereits bei der Erstananschaffung ein Thema und dass grössere Investitionen bei einer Ersatzanschaffung folgen werden, hatte man schon damals gewusst. Das Kunstrasenfeld hätte eigentlich schon im 2016 ersetzt werden sollen, doch solche Einschätzungen hängen auch von subjektiven Faktoren ab. Ein Konzeptwechsel vom Kunst- zum Naturrasen steht angesichts der bereits getätigten Investitionen für den Unterbau nicht zur Debatte und auch die Ausführungsvarianten sowie die Materialwahl sind bei der Vorberatung eingehend diskutiert worden. Über die Vor- und Nachteile im Zusammenhang mit der Verschiebung des Sanierungszeitpunktes ist bereits ausführlich diskutiert und berichtet worden. Gemäss genereller Einschätzung dürfte eine Schliessung des Sportplatzes nicht in Kürze passieren. Es ist legitim, dass der Stadtrat weitere Kostenbeteiligungen von Dritten sowie Mitbenützern des Kunstrasenfeldes prüft.

Patrick Mägli (SP) erklärt, die SP-Fraktion finde das Kunstrasenfeld grundsätzlich eine gute Sache und wird die beiden BPK-Anträge unterstützen. Die Stadtratsvorlage befriedigt jedoch nicht, denn so wird beispielsweise darin für ein verfülltes System plädiert. Begründet wird dieser Entscheid unter anderem damit, dass dies für Fussballspiele in der 1. Liga nötig ist, obwohl Liestal über keine Mannschaft in dieser Kategorie hat. Die Fragen aus dem Rat zur Umweltverträglichkeit und Oekobilanz wurden nicht oder nur unbefriedigend beantwortet.

Der heutige Zustand des Kunstrasenfeldes ist sicher nicht so schlecht, dass dieses nicht mehr benützt werden könnte. Und da auch keine Beanstandungen vom Fussballverband bekannt sind, dürfte eine Sperre des Fussballfeldes innert Kürze wohl nicht möglich sein, weshalb auch die Verschiebung des Sanierungszeitpunktes um ein Jahr nicht zeitkritisch werden dürfte. Angesichts der hohen Investitionskosten sollte die Sanierung möglichst lange hinausgezögert werden, denn diese sollte nicht nur bei Strassen und Schulanlagen etc., sondern auch bei dem Kunstrasenfeld möglich sein.

Hanspeter Zumsteg (GL) erklärt, dass so ein Kunstrasenfeld unter anderem auch für die Integration junger und älterer Menschen wichtig ist und das Feld in Liestal wird auch überdurchschnittlich gebraucht, damit das Naturrasenfeld geschützt werden kann. Es gibt grosse Umweltbedenken wegen dem Kunststoff-Granulat, denn jährlich müssen rund 3 Tonnen Granulat ersetzt werden. Ein Kunstrasen ohne Granulat bedarf wiederum deutlich mehr Kunststofffasern, welche aber durch den Wind vermehrt verfrachtet werden und zu vermehrten Verletzungen führen. Der Umbau auf einen Naturrasen hätte wiederum künftige Unterhaltsarbeiten zur Folge, welche sich wiederum nachteilig auf die Umwelt bzw. Grundwasserschutzzone im Gitterli auswirken dürften. Natur- und auch Kunstrasen sind beide ökologisch belastend und so ist es auch im vorliegenden Fall die beste Alternative, wenn man Anschaffungen möglichst lange nutzt und gebraucht. Und wenn beispielsweise bei einer Lebensdauer eines Kunstrasenfeldes von 10 Jahren bei der Ersatzanschaffung um 1 Jahr zugewartet werden kann, so würde die Umweltbelastung um 10 % geringer und dies bei gleich bleibenden Investitionskosten. Die Grüne Fraktion wird beiden BPK-Anträgen zustimmen.

Markus Rudin (SVP) merkt an, dass der Kunstrasen nach dem Einbau und der intensiven Nutzung in den letzten Jahren doch seine Lebensdauer hinter sich haben dürfte. Die Notwendigkeit der Ersatzanschaffung sowie die Materialwahl sind in seiner Fraktion unbestritten. Ihn selbst hatte es doch auch erstaunt, dass beim Kunstrasenfeld rund 300 Tonnen Granulat eingebaut sind. Vom Kanton ist keine finanzielle Beteiligung zu erwarten, doch wird vom Stadtrat und dem Kanton zumindest über eine Vereinbarung diskutiert, in welcher die gegenseitigen Leistungen und Abgeltungen geregelt werden. Die SVP-Fraktion wird beide Anträge der BPK unterstützen.

Fabian Eisenring (SP) weist darauf hin, dass der Rat die vom Stadtrat vorgeschlagene Ausführungsvariante unterstützt, hingegen spricht sich nun der Einwohnerrat mehrheitlich dafür aus, dass die Sanierung um ein Jahr aufgeschoben wird. Dass man damit gar eine möglich Platzsperre in Kauf nimmt, stösst bei ihm doch auf Unverständnis. Er wird deshalb den Antrag 4.2 der BPK nicht unterstützen.

Stadträtin Marie-Therese Beeler dankt für das Wohlwollen sowie die sorgfältige Prüfung der Vorlage durch die BPK. Der BPK-Zusatzantrag und die Empfehlung für eine Verschiebung des Sanierungszeitpunktes ist eine überlegenswerte Option, welcher der Stadtrat sicher noch prüfen wird. Erfreulich ist, dass das Kunstrasenfeld grundsätzlich unbestritten ist. Der Ersterschaffung des Kunstrasenfeldes hatte eine Mehrheit des heutigen Stadtrates damals im Einwohnerrat nicht zugestimmt und doch haben wir heute eine ganz andere Situation, denn ein Kunstrasenfeld hat doch einige Vorteile gegenüber einem Naturrasenfeld, da dieses länger und intensiver genutzt werden kann. Auch eine Sperrung des Kunstrasenfeldes dürfte nicht gar zu problematisch sein, da ja sowieso die meisten Fussballspiele auf dem Naturrasen-Fussballfeld ausgetragen werden. Der heutige Zustand des Kunstrasenfeldes kann wohl eher als Gummimatte und nicht als Rasenfeld bezeichnet werden. Die Sanierung ist vom Stadtrat bereits um ein Jahr hinausgezogen worden, bevor er dem Einwohnerrat die Ersatzanschaffung mit der Vorlage Nr. 2018/115 beantragt hatte. Der Fussballplatz auf dem SBB-Grundstück kann durch den Platz bei der Zollschiule abgetauscht werden, da dieser für Fussballspiele zu klein ist. Bei Platzmangel müsste man gegebenenfalls auch für die Meisterschaft-Fussballspiele vermehrt auf das Kunstrasenfeld ausweichen. Auf eine Neuausschreibung der Arbeiten wird man bei der Ersatzanschaffung verzichten und der Stadtrat wird ebenfalls keine Nutzungseinschränkungen vornehmen. Der Stadtrat wird auch mögliche

Abgeltungen zwischen Bund, Kanton und der Stadt Liestal prüfen, wie dies bereits von einem Vorredner empfohlen wurde. Die BPK-Empfehlung für die Verschiebung des Sanierungszeitpunktes wird man sicher noch prüfen und weitere Abklärungen betreffend den Lieferfristen sowie Umsetzungsmöglichkeiten treffen.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden und er nun über die beiden BPK-Anträge abstimmen lässt.

://: Mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung beschliesst der Rat den Bruttokredit von CHF 600'000 inkl. 7.7% MwSt (Investitionskonto 3414.5030.0184) für den Ersatz des Kunst-rasenfelds Gitterli.

://: Die Empfehlung der Bau- und Planungskommission (BPK) an den Stadtrat, den Sanierungszeitpunkts in das Jahr 2020 zu verschieben, wird vom Rat mit 36 Ja-Stimmen gegen 4 Nein-Stimmen zur Kenntnis genommen.

201 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Sanitäranlagen Feuerwehrmagazin - Zweiter Bericht Stadtrat zum Postulat «Geschlechterneutrale sanitäre Anlagen im Feuerwehrmagazin» von Verena Baumgartner der Grünen Fraktion und Markus Rudin der SVP-Fraktion (Nr. 2014/163b)

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

Markus Rudin (SVP) meint als Postulant, dass die vom Stadtrat gemäss seinem ersten Bericht Nr. 2014/163a vorgeschlagenen Umbauarbeiten mit Investitionskosten rund CHF 100'000.-- wohl eher zu einer Verschlechterung der Situation geführt hätten. Die Feuerwehrleitung musste damals handeln und zu einer unkonventionellen Lösung greifen, weshalb ein paar Feuerwehrleute in Fronarbeit den früheren grossen Duschaum, welcher für Atemschutzübungen genutzt wurde, umgebaut und eine Garderobe für 30 Feuerwehrfrauen daraus gemacht hatte. Von 117 Feuerwehrdienstleistenden liegt der Frauenanteil bei 24 Feuerwehrfrauen und der Frauenanteil wächst weiter. Im Zusammenhang mit dem grösseren Veränderungsprozess der Feuerwehr Liestal sowie den Feuerwehren der Umgebung wird man auch die baulichen Massnahmen sowie das Angebot an Sanitäranlagen für die Feuerwehrangehörigen beider Geschlechter wieder überprüfen müssen. Als Postulant und Fraktionssprecher der SVP kann er festhalten, dass man der Postulatsabschreibung zustimmen wird.

Verena Baumgartner (GL) unterstützt als Postulantin die Aussagen des Vorredners und stellt fest, dass im stadträtlichen Bericht festgehalten wird, dass die Feuerwehrangehörigen vermehrt zu Hause duschen. Das ist tatsächlich so, da diesen ja auch nur noch gerade 1 Dusche im Feuerwehrmagazin zur Verfügung steht. Im Moment funktioniert es mit den Sanitäranlagen, doch weitere bauliche Massnahmen dürften sich bereits wieder in Kürze im Zusammenhang mit dem Ausbau der Regionalfeuerwehr aufdrängen. Sie kann sich mit der Postulatsabschreibung ebenfalls einverstanden erklären.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt nach Umfrage fest, dass sich keine weiteren Fraktions- und Einzelsprecher mehr zum Geschäft äussern möchten.

Stadtrat Franz Kaufmann ist ebenfalls froh darüber, dass man mit dem pragmatischen Vorgehen doch eine Übergangslösung finden konnte, welche verhält, was von den beiden Postulanten und Feuerwehrdienstleistenden ja auch bestätigt wird. Die Feuerwehr-Regionallösung ist in Abklärung und so ist beispielsweise auch die Kompaniegrösse der neuen Feuerwehr noch unbekannt. Es macht Sinn, dass man erst dann wieder handeln wird, wenn der Bedarf an sanitären Anlagen neu definiert ist.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Der Einwohnerrat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2014/163b.

://: Einstimmig wird das Postulat Nr. 2014/163 als erfüllt abgeschrieben.

202 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. QP am Orisbach - Postulat «QP am Orisbach Dank einer koordinierten und vernetzten Planung (Masterplan) das volle Potenzial des neuen Stadtparks ausschöpfen» von Thomas Eugster der FDP-Fraktion und Benjamin Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2018/120)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

*Einwohnerrat Liestal
Thomas Eugster, FDP Fraktion
Benjamin Holinger, Grüne Fraktion*

Postulat

QP am Orisbach – Dank einer koordinierten und vernetzten Planung (Masterplan) das volle Potenzial des neuen Stadtparks ausschöpfen.

Die Beantwortung unserer Interpellation (Nr. 2018-103) hat verdeutlicht, dass die Planung der Neugestaltung rund um die Allee viele Abhängigkeiten und Einflussfaktoren hat und deshalb eine grosse Herausforderung ist. Zwischen Bahnhof, Altstadt und Ergolz wird auf verschiedenen Ebenen ein Gebiet geplant, auf dessen Neugestaltung die Bevölkerung von Liestal mit grosser Vorfreude schon lange gewartet hat. Ein gut geplanter Stadtpark rund um die Allee wird Liestal nachhaltig verschönern.

An solch zentraler und für Liestal bedeutsamer Lage kommen viele Beteiligte und noch mehr Interessen und Bedürfnisse zusammen:

- *Der QP am Orisbach ist auf dem Weg zur öffentlichen Mitwirkung.*
- *Der QP rund um das Lüdinareal ist in einer konzeptionellen Phase.*
- *Veränderungen am Gerichtsgebäude zeichnen sich ab.*
- *Die Gebäude der kantonalen Verwaltung (ex UBS) zwischen Lüdin und Gerichtsgebäude werden auch von Veränderungen betroffen sein.*
- *Zudem besteht die Beantwortung des Postulats Nr. 2018-75 zur Fussgänger Verbindung zwischen Bahnhof und Altstadt noch aus.*
- *Verbindungen zwischen Bahnhof und Allee führen am Regierungsgebäude vorbei und es ist deshalb aus unserer Sicht unerlässlich, mit dem Kanton zusammen zu prüfen, welche aufwertende Funktion das parkseitige Sockelgeschoss des Gebäudes für den Aussenraum neu übernehmen könnte.*
- *Zwischen all dem liegt auch der Orisbach, welcher in den Abschnitten vor und nach der Allee vom Kanton renaturiert wird.*

Diese Auflistung ist möglicherweise nicht abschliessend und zeigt auf, mit welchen Herausforderungen der Stadtrat konfrontiert ist. Sie verdeutlicht aber auch, dass ein wirklich guter, zusammenhängender und strahlkräftiger Stadtpark nur entstehen kann, wenn kreativ und kooperativ all diese Aspekte zusammengedacht und zusammengeplant werden. Wir haben die Befürchtung, dass auf Grund von Sachzwängen und der terminlich unterschiedlichen Realisierung der einzelnen Projekte, jeweils nur eine partielle Planung erfolgt an deren Ende ein weniger erfreuliches „Flickwerk“ stehen könnte.

Wir bitten daher den Stadtrat folgende Fragen zu prüfen, dem Einwohnerrat dazu zu berichten und einen entsprechenden Antrag vorzubereiten :

- *Wie können die oben aufgeführten Aspekte in einer Master-Planung des Aussenraums rund um die Allee koordiniert geplant werden?*
- *Welche Kosten sind damit verbunden?*
- *Welche Vor- und Nachteile sieht der Stadtrat in einer solchen Masterplanung?*

Liestal, 19. November 2018

Thomas Eugster Benjamin Holinger

* * * * *

Ratspräsident Peter Küng (SP) informiert darüber, dass ihm ein Fehler unterlaufen ist und deshalb der von den Postulanten mit gestriger E-Mail übermittelte und geänderte Vorstoss nicht als Tischpapier an der heutigen Sitzung verteilt wurde. Das Rektifikat wird mit dem Projektor gezeigt.

Das rektifizierte Postulat hat folgenden neuen Wortlaut:

Einwohnerrat Liestal
Thomas Eugster, FDP Fraktion
Benjamin Holinger, Grüne Fraktion

QP am Orisbach – Dank einer koordinierten und vernetzten Planung (Masterplan) das volle Potenzial des neuen Stadtparks ausschöpfen.

Postulat

Die Beantwortung unserer Interpellation (Nr. 2018-103) hat verdeutlicht, dass die Planung der Neugestaltung rund um die Allee viele Abhängigkeiten und Einflussfaktoren hat und deshalb eine grosse Herausforderung ist. Zwischen Bahnhof, Altstadt und Ergolz wird auf verschiedenen Ebenen ein Gebiet geplant, auf dessen Neugestaltung die Bevölkerung von Liestal mit grosser Vorfreude schon lange gewartet hat. Ein gut geplanter Stadtpark rund um die Allee wird Liestal nachhaltig verschönern.

An solch zentraler und für Liestal bedeutsamer Lage kommen viele Beteiligte und noch mehr Interessen und Bedürfnisse zusammen:

- Der QP am Orisbach ist auf dem Weg zur öffentlichen Mitwirkung.
- Der QP rund um das Lüdinareal ist in einer konzeptionellen Phase.
- Veränderungen am Gerichtsgebäude zeichnen sich ab.
- Die Gebäude der kantonalen Verwaltung (ex UBS) zwischen Lüdin und Gerichtsgebäude werden auch von Veränderungen betroffen sein.
- Zudem besteht die Beantwortung des Postulats Nr. 2018-75 zur Fussgänger Verbindung zwischen Bahnhof und Altstadt noch aus.
- Verbindungen zwischen Bahnhof und Allee führen am Regierungsgebäude vorbei und es ist deshalb aus unserer Sicht unerlässlich, mit dem Kanton zusammen zu prüfen, welche aufwertende Funktion das parkseitige Sockelgeschoss des Gebäudes für den Aussenraum neu übernehmen könnte.
- Zwischen all dem liegt auch der Orisbach, welcher in den Abschnitten vor und nach der Allee vom Kanton renaturiert wird.

Diese Auflistung ist möglicherweise nicht abschliessend und zeigt auf, mit welchen Herausforderungen der Stadtrat konfrontiert ist. Sie verdeutlicht aber auch, dass ein wirklich guter, zusammenhängender und strahlkräftiger Stadtpark nur entstehen kann, wenn kreativ und kooperativ all diese Aspekte zusammengedacht und zusammengeplant werden. Wir haben die Befürchtung, dass auf Grund von Sachzwängen und der terminlich unterschiedlichen Realisierung der einzelnen Projekte, jeweils nur eine partielle Planung erfolgt an deren Ende ein weniger erfreuliches „Flickwerk“ stehen könnte.

~~Wir bitten daher den Stadtrat folgende Fragen zu prüfen, dem Einwohnerrat dazu zu berichten und einen entsprechenden Antrag vorzubereiten:~~

- ~~Wie können die oben aufgeführten Aspekte in einer Master-Planung des Aussenraums rund um die Allee koordiniert geplant werden?~~
- ~~Welche Kosten sind damit verbunden?~~
- ~~Welche Vor- und Nachteile sieht der Stadtrat in einer solchen Masterplanung?~~

Wir bitten daher den Stadtrat zu prüfen und berichten, wie er die oben aufgeführten Aspekte in einer Gesamtplanung des Aussenraums rund um die Allee koordinieren möchte.

Liestal, 19. November 2018 / 29. Januar 2019 (Rektifikat)

Thomas Eugster Benjamin Holinger

Stadtrat Franz Kaufmann ist froh über die Neuformulierung des Vorstosses durch die Postulanten, denn die Lancierung einer Masterplanung wäre doch recht problematisch, da das öffentliche Mitwirkungsverfahren des QP am Orisbach bereits seit anfangs Januar läuft und die erwähnte Quartierplanung weit fortgeschritten ist. Zum aufgelegten und projizierten Situationsplan möchte er einige ergänzende Erklärungen betreffend den involvierten Parteien sowie dem weiteren Vorgehen abgeben: Mit blauer Farbe ist das ganze Areal mit dem Lüdin-Pärkli, dem Lüdin-Areal bis zum Gerichtsgebäude definiert, welches beim Workshop-Verfahren "Lüdin Areal" vom 21. Februar 2019 thematisiert wird. Am Workshop werden die Besitzerfamilien, die Stadt Liestal, die Denkmalpflege und das Hochbauamt sowie die Planer teilnehmen. Für die Gerichtsgebäude-Erweiterung wird vom Kanton ein Wettbewerb lanciert und die Stadt Liestal ist ebenfalls zur Mitwirkung im Wettbewerbsteam eingeladen worden. Gemäss Jahresprogramm wird im 2019 die Gestaltung der Rheinstrasse mit dem Zugang zum Lüdin-Pärkli in Angriff genommen, was wiederum mit der Umgebung QP Rebgarten abzustimmen ist. Mittlerweile hatte schon ein Austausch zwischend den Verantwortlichen des Gerichtsgebäudes und des Lüdin-Areals stattgefunden und die diesbezüglichen Erkenntnisse werden beim bevorstehenden Workshop einfließen. Das Lüdin-Pärkli muss mehr oder weniger als separate Geländekammer behandelt werden, doch wird auch dieses Projekt von der Orisbach-Renaturierung betroffen sein. Auch wurden bereits Abklärungen betreffend dem Regierungsgebäude-Sockelgeschoss getroffen, welche historisch als Rückseite ausgestaltet wurde. Vom Kanton ist betreffend dem Regierungsgebäude-Areal kein Handlungsbedarf vorhanden und auch von der Denkmalpflege stehen Handlungsoptionen wegen allfälligen Änderungen nicht zur Diskussion. Die Nahtstellen im betreffenden Gebiet haben eine hohe Priorität und der im Vorstoss gewünschte Bericht betreffend den vom Stadtrat in der Gesamtplanung zu berücksichtigenden Aspekte macht wenig Sinn, da dies in den bereits laufenden Prozessen bereits getan wird. Die einzelnen Projekte sowie Quartierplanungen werden dann noch dem Einwohnerrat zur politischen Diskussion sowie Beschlussfassung vorgelegt. Im Zusammenhang mit dem bereits laufenden Verfahren QP am Orisbach wurde ein grosser kommunikativer Aufwand betrieben und es sind verschiedene Ansprechgruppen eingeladen und über das Projekt informiert worden, so auch der Einwohnerrat. Das öffentliche Mitwirkungsverfahren läuft und Begehrlichkeiten sowie Vorschläge können noch bis am 15. Februar 2019 eingereicht werden. Der Stadtrat ist bereit das Postulat zu übernehmen. Dieses könnte an der heutigen Sitzung dann auch gleich wieder abgeschrieben werden, denn in der Postulatsbeantwortung wird man keine wesentlichen Änderungen gegenüber den heute bereits gemachten Ausführungen lesen können. Der QP am Orisbach wird dem Einwohnerrat voraussichtlich nach den Sommerferien 2019 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass gemäss neuen Erkenntnissen der Stadtrat für eine Übernahme und gleichzeitige Abschreibung des Postulates plädiert.

Thomas Eugster (FDP) erklärt als Postulant, dass man sich nach der Beantwortung der Interpellation Nr. 2018/103 nicht sicher war, ob der Stadtrat eine Gesamtplanung im Fokus habe, weshalb man in der Folge das Postulat Nr. 2018/120 eingereicht habe. Dies ist anscheinend der Fall, wie man soeben erfahren konnte. Die Gestaltung der Allee als sogenanntes Filetstück von Liestal ist nun auch klarer und das Gesamtkonzept ist vom Stadtrat soeben auch erörtert worden, so dass man bei der Beratung des QP am Orisbach auch Informationen darüber hat, was angrenzend an den QP-Perimeter passieren wird. Er macht beliebt, dass man das Postulat heute überschreibt und der Stadtrat seine Vision betreffend einer vernetzten Planung rund um die Allee auch in der Postulatsbeantwortung schriftlich formuliert.

Benjamin Holinger (GL) meint als Mitunterzeichner das Postulates, er könne sich den Ausführungen seines Vorredners anschliessen und danke auch für die Ausführungen von Stadtrat Franz Kaufmann an der heutigen Sitzung. Mit der Streichung des Wortes "Masterplan" im überarbeiteten Postulat sollte nun das Verfahren des QP am Orisbach mit dem neuen Vorstoss keine Verzögerungen erfahren. Gemäss Stadtrat hat das Projekt höchste Priorität und ist für Liestal äusserst wichtig, was nun doch auch für den Einwohnerrat gelten sollte. Nach der Überweisung des Postulates könnte der Stadtrat bei allen weiteren QP-Verfahren im betreffenden Gebiet immer wieder mit Zwischenberichten über den aktuellen Stand der verschiedenen Projekte sowie das weitere Vorgehen informieren. Somit wäre auch gewährleistet, dass der Einwohnerrat bei den nächsten Quartierplanungen nicht die Katze im Sack kaufen wird.

Hanspeter Meyer (SVP) bemerkt, seine Fraktion bekunde Mühe mit dem ganzen Vorgehen der Postulanten, hatte man doch an den Fraktionssitzungen noch die alte Version des Vorstosses besprochen. Der ersten Version hätte seine Fraktion nicht unterstützt und zum rektifizierten Postulat konnte man sich kurzfristig nicht mehr in der Fraktion austauschen. Zudem ist das Postulat eine Arbeitsbeschaffung für die Verwaltung im Zusammenhang mit Dingen und Projekten, welche bereits laufen. In der BPK sind sämtlich Fraktionen vertreten und diese könnte auch jederzeit immer wieder Fragen stellen, welche vom Stadtrat und der Verwaltung beantwortet werden könnten. Somit macht ein schriftlicher Bericht des Stadtrat beim vorliegenden Postulat wenig Sinn. Die SVP-Fraktion wird die Postulatsüberweisung nicht unterstützen.

Patrick Mägli (SP) legt dar, dass auch die SP-Fraktion den Vorstoss in der ursprünglichen Fassung nicht unterstützt hätte. Die verschiedenen Projekte werden ja bereits jetzt vom Stadtrat koordiniert und doch wird der Wunsch der Postulanten für eine Gesamtplanung verstanden. Den Zusatzaufwand für die Postulatsbeantwortung könnte man sich tatsächlich schon sparen, doch müssten die BPK und auch der Einwohnerrat regelmässig informiert werden. Seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen und auch die anschliessende Abschreibung des Vorstosses unterstützen, da die Fragen der Postulanten bereits an der heutigen Sitzung beantwortet wurden.

Hanspeter Zumsteg (GL) fühlt sich als BPK-Mitglied angesprochen und ist der Meinung, dass die stadträtlichen Antworten doch schon schriftlich vorhanden sein sollten, zumal die BPK nicht mit Selbstbeauftragungen aktiv werden kann. Die schriftliche Beantwortung von Fragen durch den Stadtrat ist ein ganz normaler Prozess und bedarf keinem ausserordentlichen Aufwand, weshalb er heute einer Postulatsabschreibung nicht zustimmen kann.

Domenic Schneidr (CVP/EVP/GLP) führt aus, die Abänderung des Vorstosses sei durchaus positiv, obwohl die Kurzfristigkeit die Entscheidungsfindung in den Fraktionen nicht gerade vereinfachte oder sogar verunmöglichte. Es ist gut, dass man gewisse Dinge möglichst früh diskutiert, denn die Realisierung von Parkplätzen muss beispielsweise gut überlegt sein, hatte die Stadt Liestal doch viel Geld in das Parkhaus beim QP Rebgarten investiert. Die Mitte-Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen, ist sich betreffend der Abschreibung an der heutigen Sitzung jedoch uneinig.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) unterstützt das Votum seines Vorredners und meint, dass man mit der Überweisung des Postulates die Wichtigkeit eines koordinierten Vorgehens unterstreicht. Parkplätze in einem Parkhaus machen Sinn, die Realisierung von Parkplätzen in einem Park oder an einem Bach schon eher weniger.

Stadtrat Franz Kaufmann bemerkt, dass man dem Einwohnerrat die Katze nicht im Sack verkaufen wolle und der Stadtrat hat keine Geheimnisse betreffend den an den QP am Orisbach angrenzenden Projekten. Wenn man das Postulat heute nicht gleich abschreiben würde, wäre dies auch kein Unglück für den Stadtrat und die Verwaltung.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Das Postulat wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 11 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

://: Mit 25 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen wird das Posutlat Nr. 2018/120 als erfüllt abgeschrieben.

203 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Klimapolitik - Motion «Für unsere Zukunft - Für eine ernsthafte Klimapolitik!» von Joel Bühler & Pascale Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2018/121)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Joël Bühler & Pascale Meschberger, SP-Fraktion

Liestal, 18. November 2018

Motion: Für unsere Zukunft - Für eine ernsthafte Klimapolitik!

Der Klimawandel ist eine der dringlichsten Herausforderungen unserer Zeit. Ein Drittel der weltweiten Agrarflächen droht durch Verwüstung zu verschwinden und mit ihm die Nahrungsgrundlage von unzähligen Menschen. Weitere hunderte Millionen Menschen drohen durch einen Anstieg des Meeresspiegels in die Flucht getrieben zu werden. Auch in der Schweiz werden die Folgen des Klimawandels zunehmend sichtbar: Fast jährlich werden wir mit neuen Temperaturrekorden konfrontiert und unsere Gletscher schmelzen weg. Diese Herausforderungen verlangen griffige Massnahmen in allen Ländern der Welt. Ein wichtiges Instrument dazu ist das Übereinkommen von Paris, das alle unterzeichnenden Staaten zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen verpflichtet. Die wichtigste Zielvorgabe des Abkommens ist eine Begrenzung der Klimaerwärmung auf 1.5 Grad. Dieses Ziel bedingt einen Ausstieg aus fossilen Energieträgern bis ins Jahr 2050. Gelingt es uns nicht, dieses Ziel zu erreichen, drohen die oben genannten Gefahren unsere Lebensweise in nicht voraussehbarem Ausmass zu beeinträchtigen. Trotz höchster Dringlichkeit haben der Bund und die Kantone es bisher versäumt wirkungsvolle Massnahmen einzuleiten, um dieses wichtige Ziel zu erreichen.

Mit diesem Antrag setzen wir dort an, wo wir handeln können respektive wo die Umsetzung beginnt: auf Gemeindeebene – sprich in Liestal. Wir können die Klimakatastrophe nur abwenden, wenn wir heute Massnahmen auf allen politischen Ebenen einleiten.

Antrag:

Der Stadtrat wird wie folgt beauftragt:

1. Der Stadtrat erarbeitet einen kommunalen Massnahmenplan Klimaschutz, der den Anforderungen des 1,5 °C-Ziels und dem Pariser Klimaübereinkommen entspricht. Er beinhaltet den Ausstieg der Gemeinde aus fossilen Energieträgern.
2. Im Rahmen des Ausstiegs aus fossilen Energieträgern durch die Stadt Liestal soll diese auch auf finanzielle Investitionen in fossile Unternehmen verzichten. Dies gilt insbesondere für die Pensionskassen der von der Stadt entlöhnten Angestellten.
3. Der Stadtrat erarbeitet eine Anpassungsstrategie, welche die Bevölkerung vor den Gefahren durch den Klimawandel schützt.
4. Die finanziellen, gesetzgeberischen und organisatorischen Aufwendungen für die Umsetzung der Klimaziele bezüglich Anpassung und Minderung für die Stadt Liestal werden aufgezeigt.
5. Der erarbeitete Massnahmenplan und die Anpassungsstrategie wird dem Einwohnerrat zur Verabschiedung vorgelegt.

Joël Bühler, SP-Fraktion

Pascale Meschberger, SP-Fraktion

* * * * *

Ratspräsident Peter Küng (SP) erklärt, dass im Vorfeld der heutigen Sitzung darüber diskutiert wurde, ob es sich beim Vorstoss nun um eine Motion oder ein Postulat handelt. Das Büro ist der Meinung, dass der Vorstoss als Motion behandelt werden kann. Als Ratspräsident ist er eigentlich neutral und doch möchte er festhalten, dass das Thema Klimapolitik im Moment sehr präsent ist und nun auch in diesem Rat diskutiert werden sollte. Auch eine von ihm verfasste Motion ist vom Rat schon an den Stadtrat überwiesen und von diesem dann schlussendlich nicht umgesetzt worden.

Stadtrat Franz Kaufmann führt aus, dass das Thema Klimapolitik im Moment tagtäglich im Gespräch ist und sich der Stadtrat im Entwicklungsplan 2014-2018 in einem längeren Artikel zu Energie- und Umweltthemen geäussert hatte. Der Stadtrat sieht es positiv, dass das Thema Klimapolitik auf die Traktandenliste kommt, ist aber skeptisch hinsichtlich der Motionsform, so wird mit diesem verpflichtenden Vorstoss thematisiert, wie beispielsweise die Pensionskassengelder mit dem Ausstieg aus fossilen Energieträgern angelegt werden sollen. Bei einer Überweisung der vorliegenden Motion mit verpflichtenden Aufträgen können die Konsequenzen des Vollzugs zum Teil überhaupt nicht abgeschätzt werden. Die EBL beabsichtigt den Umbau des Fernheizwerkes und so ist es dem Stadtrat nicht klar, was beispielsweise in diesem Fall der Motionsauftrag für einen Ausstieg aus fossilen Energieträgern für Konsequenzen hätte. Der Stadtrat würde den Vorstoss als Postulat übernehmen, damit er auch die möglich Vor- sowie Nachteile bei den einzelnen Punkte aufzeigen könnte. In diesem Bericht könnten ja mögliche Reglementsänderungen usw. ja auch noch thematisiert werden. Die Klimapolitik-Thematik wäre auch als Postulat noch recht umfangreich und komplex, wofür man im Stadtbauamt im Moment über keine Ressourcen und auch nicht über das Knowhow verfügt. Im Vorstoss hätte eigentlich die Anstellung eines Umweltingenieurs vorgeschlagen und/oder beantragt werden sollen, welcher all die Themen bearbeiten könnte. Mit einer Umwandlung des Vorstosses von einer Motion in ein Postulat könnte das Thema Klimapolitik auch stufengerecht und pragmatisch behandelt werden.

Joel Bühler (SP) erklärt als Motionär, dass die Umwandlung des Vorstosses grundsätzlich ja diskutierbar wäre. Die Klimakrise hat sich gerade im letzten Jahr nochmals verschärft und das Problem ist global verstärkt auf die Agenda gerückt. Verschiedene Länder und auch Städte handeln selbst und warten nicht länger auf Andere, da man keine Zeit mehr hat, länger zuwarten zu können. Extreme und rasche Massnahmen sind nötig, damit der Klimawandel unter 1,5 Grad gehalten werden kann. Auch in der Schweiz sieht es sehr düster aus und die Debatte betreffend dem CO₂-Gesetz war im Nationalrat ein Debakel. Auch im Landrat des Kantons Basel-Landschaft ist im Moment ein Geschäft hängig, mit welchem die Umsetzung der Klimaziele auf kantonaler Ebene verlangt wird. Dieser Vorstoss ist äusserst knapp an den Regierungsrat überwiesen worden. Viele Leute sind sich wohl noch nicht richtig bewusst, wie bedrohend die Situation ist. Die Klimabewegung hat erst nach der Einreichung seiner Motion begonnen und man kann hoffen, dass sich nach den Wahlen in Bundesbern sowie im Kanton andere Mehrheiten ergeben und somit auch die Chancen steigen, dass Massnahmen für eine ernsthafte Klimapolitik ergriffen werden. Wenn vom Bund und den Kantonen Massnahmen ergriffen werden, müssen auch die Gemeinden bereit sein. Dem Problem wird man nicht ausweichen können und dieses wird sich auch nicht von alleine lösen. Den Motionären ist es deshalb wichtig, dass der Stadtrat Liestal jetzt ergebnisoffen Vorschläge prüfen und erarbeiten kann, die der Situation Liestal angepasst sind. Mit der Implementierung von Massnahmen ist man dann auch optimal darauf vorbereitet, dass man mit-helfen und einen Beitrag zur Lösung der Klimaproblematik leisten kann. Er selbst hätte den Vorstoss gerne als Motion überwiesen, sieht aber schon auch die teilweise Problematik bei der Umsetzung, weshalb er sich mit einer Umwandlung in ein Postulat einverstanden erklären kann.

Pascale Meschberger (SP) hält als Motionärin fest, dass der Umweltschutz ein vielschichtiges Thema ist. Sie ist soeben von einem humanitären Einsatz aus Negeria zurück. In Nigeria wird noch mit Autos gefahren, welche in Europa längst ausgemustert wurden und dort noch während Jahren die Luft verschmutzen. Mit dem Vorstoss wird man die Klimapolitik nicht gross beeinflussen können, doch kann man auch nicht weiter zuwarten, bis grössere Staaten wie China und die USA das Problem erkennen und ebenfalls etwas zur Problemlösung beitragen werden. Auch die Verfasser der Motion wissen nicht, ob alle ihre Forderungen beispielsweise in rechtlicher Hinsicht umgesetzt werden können, doch diese Fragen können ja vom Stadtrat noch geklärt werden, sollte die Motion bzw. das Postulat überwiesen werden.

Dominik Beeler (GL) legt dar, dass die Grüne Partei seit Jahren vor der Klimakatastrophe warne und mit verschiedensten Vorstössen sind Lösungsvorschläge unterbreitet worden, letztmals beispielsweise auf nationaler Ebene mit der Fair Food-Initiative. Jedoch ist es wichtig, dass auch auf kantonaler sowie kommunaler Ebene Lösungen gesucht und gefunden werden, weshalb auch die Stadt Liestal in der Pflicht steht. Wenn man noch eine Wende bei der Entwicklung herbeiführen möchte, dann muss heute und jetzt gehandelt werden. Es ist erfreulich, dass fast alle Parteien die Problematik des Klimawandels erkannt haben und man handeln möchte. Seine Fraktion wird der Überweisung des Vorstosses als Postulat zustimmen.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) weist darauf hin, dass die Mittefraktion die Überweisung als Motion nicht unterstützt hätte, als Postulat hingegen schon. Im Dezember 2015 ist mit dem Pariser Klimaabkommen ein neuer globaler Rahmen für die Klimapolitik gesetzt worden. Vorallem die Wirtschaft ist gefordert und technologische Lösungsansätze stehen bereit. Es braucht jedoch den politischen Willen, damit die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Nicht alles, was im Vorstoss gefordert wird, kann von der Stadt Liestal beeinflusst werden. Der Ausstieg aus fossilen Energieträgern muss unterstützt werden, wobei dieser Umbau grössere Investitionen auslösen wird. Ihrer Fraktion ist es deshalb wichtig, dass man zuerst prüft und berichtet, weshalb das Postulat fast einstimmig unterstützt wird.

Bruno Imsand (FDP) meint, auch die FDP-Fraktion ist sich bewusst, dass wir ein globales Problem haben und dass diesbezüglich etwas passieren muss. Die im Vorstoss formulierten Aufträge können jedoch nicht auf einmal und in Kürze gelöst werden. Auch kann der Stadtrat gewisse Dinge gar nicht selbst beeinflussen. So ist ein Wechsel der Pensionskasse wohl kaum möglich und dieser kann wohl auch nicht vorgegeben werden, wie und wo sie ihr Geld anlegt. Die FDP-Fraktion ist vehement gegen die Überweisung des Vorstosses als Motion und für die Überweisung als Postulat ist Stimmfreigabe beschlossen worden.

Lorenz Holinger (SVP) findet, dass es schon beinahe rühmlich ist, dass wir hier im Einwohnerrat die gleichen Themen wie am WEF in Davos oder an Treffen der Weltnationen behandeln. Doch ist seine Fraktion der Meinung, dass der Einwohnerrat die falsche politische Ebene für die Lösung solch globaler Probleme sein dürfte. Nur schon alleine die geforderte Erstellung eines Klimaschutz-Massnahmenplanes dürfte die Stadtkasse stark belasten, da dieser Auftrag nicht von eigenen Angestellten erledigt werden kann. Auch andere Forderungen sind mit Preisschildern behaftet, welche wir uns nicht leisten können oder wie beispielsweise die Pensionskassenforderungen nicht realisierbar sind. Liestal muss nicht eine Vorreiterrolle einnehmen, wird dann aber auch schon einmal Bedingungen und Auflagen erfüllen müssen, die von Bund und Kanton mit Bestimmtheit kommen werden. Auch hier im Saal sollten sich alle überlegen, was sie selbst für die Umwelt tun könnten und ob sie beispielsweise nicht auch einmal Ferien ohne Flugzeug machen könnten. Die SVP-Fraktion wird einstimmig gegen die Überweisung einer Motion oder eines Postulates stimmen.

Nathalie Oberholzer (GL) erklärt, dass bereits seit 1992 bekannt ist, dass wir ein Klimaproblem haben, nun aber doch dringender Handlungsbedarf nötig ist. Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Klimaabkommens verpflichtet, bis 2030 die Hälfte der Treibgas-Emissionen gegenüber dem Jahre 1990 bis zu senken. Bis vor kurzer Zeit war man bei rund 11 Prozent und es bleiben nur noch wenige Jahre, um die restlichen 39 % reduzieren zu können. Ansonsten müssten wir mit einer globalen Klimaerwärmung von rund 2 % rechnen, was unter anderem auch markant hohe Schadens- und Anpassungskosten mit sich bringen würde. Die Zeit rennt uns tatsächlich davon. Unser Kanton hat erste Massnahmen ergriffen und der Schaffung einer Koordinationsstelle für Klimaschutz ab Januar 2019 zugestimmt, wobei die Arbeiten ab sofort vom Lufthygieneamt übernommen werden. Und der Rat sollte ihrer Meinung nach ab sofort jede Handlung und jeden Entscheid auf die Klimafreundlichkeit überprüfen. Das Feuer muss jetzt gelöscht werden, bevor es einen Flächenbrand gibt.

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) führt aus, dass sich die SVP-Fraktion auf den Standpunkt stellt, dass Liestal sich theoretisch keine Massnahmen betreffend dem Klimawandel finanziell leisten kann. Dennoch wird es nötig sein, denn die Folgen des Klimawandels dürften länger und mehr nur noch teurer werden. Er selbst ist schon froh, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wurde, denn nicht alle Forderungen der Verfasser können und müssen sofort geändert werden. Der Gebrauch ausgedienter Autos in Afrika ist vielleicht gesamthaft betrachtet gar nicht so nachteilig für den Klimawandel, als wenn man diese gleich verschrotten und dann gleich wieder neue Autos produzieren würde.

Thomas Eugster (FDP) findet es irgendwie schon noch interessant, wie das globale Klimawandel-Problem auf einmal überall thematisiert wird und das CO₂-Gesetz im Nationalrat von den Ratslinken versenkt wurde. Sonderlich ist es nun doch, dass nun auf lokaler Ebene die Ratslinken die Umsetzung solcher und weiterer Forderungen verlangt, welche teilweise gar nicht umsetzbar sind. Liestal setzt als Energiestadt bereits diverse Massnahmen um, welche dem Klima-Sektor ebenfalls dienlich sind. Es sind bereits genügend Instrumente und Massnahmenpläne vorhanden, welche vom Stadtrat auf lokaler Ebene ein- und umgesetzt werden können. Verschiedene andere Dinge müssen global angegangen werden, doch dann darf man beispielsweise nicht die dafür erforderlichen Gesetze in Bundesbern versenken. Er wird der Überweisung des Vorstosses als Motion und auch als Postulat nicht zustimmen.

Markus Rudin (SVP) erinnert daran, dass der Einwohnerrat bereits im Jahre 2008 den Klimawandel hier im Saal thematisiert hatte, als es um die Anschaffung einer neuen Wischmaschine ging. In der Folge wurden von der Stadt Autos und Wischmaschinen mit Gasbetrieb angeschafft und im Werkhof eine Gas-Tankstelle gebaut. Viel Geld wurde in den Sand gesetzt und Einrichtungen sowie Anlagen zurückgebaut, welche nicht mehr gebraucht wurden. Weitere ähnliche Massnahmen müssten deshalb gut überlegt und nicht wegen einem Vorstoss über das Knie gebrochen werden, denn Handlungsbedarf im Zusammenhang mit der Klimapolitik wäre auf nationaler und insbesondere auf internationaler Ebene dringender und wichtiger.

Joel Bühler (SP) freut es, dass das Bewusstsein für die Thematik zumindest von allen Ratsmitgliedern vorgegeben wird, was wohl in den meisten Fällen auch ehrlich gemeint ist. Mit den Vorwürfen von Thomas Eugster an die Motionäre und Ratslinken habe er doch Mühe, hatte dieser doch als Landratsmitglied im letzten November einen Vorstoss zu diesem Thema abgelehnt. Man kann doch nicht einfach immer nur die Verantwortung auf die nächsthöhere Ebene abschieben und dann bei jeder Parlamentsdebatte sagen, dass dies der falsche Ort und Zeitpunkt für solche Themen sei. Der Nationalratsentscheid betreffend dem CO₂-Gesetz ist in voller Länge und Breite diskutiert sowie kommentiert worden. So hatte er als Motionär aufgrund der Reaktionen zu seinem Vorstoss heute einen konzilianten Ton gewählt, doch fällt ihm dies nach solchen Vorwürfen anderer Ratsmitglieder nun doch auch schwerer. Auch die SVP-Fraktion ist leider nicht bereit, irgendwelche Beiträge zur Problemlösung beizutragen. Für die doch zahlreichen konstruktiven Rückmeldungen aus der Ratsmitte bedanke er sich als Motionär.

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass die Rednerliste geschlossen ist und er nach den bereits angemeldeten Wortmeldungen abstimmen lässt.

Domenic Schneider (CVP/EVP/GLP) äussert, dass wir als Konsumenten alles, sofort und erst noch billig haben wollen. Als reiche Schweizer haben wir gar Angst, dass wir uns den Umweltschutz nicht leisten können. Als Vater macht er sich doch Sorgen um die Zukunft seiner Nachkommen und schämt sich gar dafür, was die jetzigen Generationen mit der Welt gemacht hat. Und gar etwas feig ist es, wenn man immer andere dazu auffordert, mit der Lösung des Problems zu beginnen.

Dominic Odermatt (FDP) meint, man sei nun doch in den Wahlkampf abgedriftet und obwohl es gar zu persönlichen Anfeindungen kommt, will er sich nicht ducken und auch noch etwas zum Vorstoss sagen. Für ihn persönlich ist der Entscheid schwierig, ob er nun den Vorstoss überweisen soll oder nicht. Auch wenn der Vorstoss in ein Postulat umgewandelt wurde, bleiben die konkreten Forderungen sowie Aufträge der ursprünglichen Motion bestehen. Er wünscht und hofft, dass der Vorstoss zurückgezogen und mit überarbeiteten Fragestellungen und Vorschlägen als Postulat neu eingereicht wird.

Beat Gränicher (SVP) merkt an, ihm sei bereits bei der Einreichung der Motion klar gewesen, dass mit dem Vorstoss Wahlkampf gemacht wird. Dass betreffend dem Klimawandel Handlungsbedarf nötig ist, dürfte wohl unbestritten sein. Es ist einfach zu sagen, dass die SVP sowieso gegen alles sei. So stellt er doch die Frage in den Raum, ob denn beispielsweise Motionärin Pascale Meschberger für den letzten humanitären Einsatz nach Nigeria geschwommen sei oder vielleicht doch auch das Flugzeug benützt habe. Er kann zudem den Vorstoss nicht unterstützen, weil die formulierten Aufträge teilweise schlichtweg nicht realisierbar sind. Und nur weil sich seine Fraktion gegen die Überweisung des Vorstosses ausspricht, heisst das überhaupt nicht, dass man sich der Problematik des Klimawandels nicht bewusst ist und ebenfalls handeln möchte, hingegen möchte man die Klimapolitik nicht wahlkampfmässig so propagieren, wie das ein paar Fraktionen hier im Rat tun.

Thomas Eugster (FDP) findet es schon etwas unfair, dass er von Motionär Joel Bühler als Landrat in eine Ecke gestellt wird, nur weil er anderer Meinung ist. Weil das erwähnte Gesetz auf nationaler Ebene nicht durchgekommen ist, hat man heute einen Scherbenhaufen und der Stadtrat hat als Exekutive der Energiestadt Liestal genügend Möglichkeiten, um handeln zu können. Auch sollte man bei sich selbst anfangen und etwas für die Umwelt tun. Er selbst besitzt bereits seit drei Jahren ein Solardach und geht dieses Jahr beispielsweise nicht mit dem Flugzeug in die Ferien.

Ratspräsident Peter Küng (SP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr aus dem Rat angemeldet werden.

://: Vom Einwohnerrat wird der Vorstoss Nr. 2018/121 mit 25 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen als Postulat an den Stadtrat überwiesen.

NEUE VORSTÖSSE - Begründung

Ratspräsident Peter Küng (SP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können. Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

* * * * *

Schluss der Sitzung: 19.00 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Peter Küng

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann